

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Herrn Michael Zimmermann

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 05.06.2008

AN/1263/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	05.06.2008

1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008 / 2009, Vorlage-Nr. 1734/2008

Sehr geehrter Herr Zimmermann,
sehr geehrter Herr Granitzka,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungsantrag in die Tagesordnung für die Sitzung des Unterausschusses Stellenplan und für die Sondersitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen am 05. Juni 2008 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008 / 2009 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung als oberem Rahmen im Grundsatz und unter Vorbehalt zu.

Der Vorbehalt bezieht sich auf die durch die Verwaltung für das Jahr 2009 angemeldeten Mehrbedarfe, weil das übliche Prüfverfahren derzeit noch nicht abgeschlossen ist. Die Prüfung der Stellenanmeldungen für das Jahr 2009 ist schnellstmöglich durchzuführen. Die Vorlage der vollständigen und geprüften Stellenplanveränderungen für 2009 soll im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen im September 2008 erfolgen.

Die abschließende Beschlussfassung und Freigabe erfolgt anschließend im Finanzausschuss. Der Vorbehalt schließt eine Umsetzung der im 1. Veränderungsnachweis enthaltenen Maßnahmen bis zur abschließenden Beschlussfassung aus.

Begründung:

Der Verwaltung verblieb aufgrund der vorgegebenen Eilbedürftigkeit zur Vorlage des Doppelhaushaltes 2008/2009 und seiner Anlage „Stellenplan“ in vielen Fällen nicht die Möglichkeit, die für 2009 kurzfristig abgefragten und angemeldeten Mehrbedarfe in der notwendigen Tiefe und Qualität zu prüfen. Hinzu kommt, dass auch die Anmeldungen durch die Dienststellen und Dezernate wegen des langen Prognosezeitraumes bis Ende 2009 mit Unsicherheiten behaftet waren und sind. Statt verlässlicher Daten über die weitere Entwicklung des Aufwandes mussten zum Teil Schätzungen vorgenommen werden. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Verwaltung dabei auch unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung ihrer Handlungsfähigkeit in summarischer Prüfung Bedarfe eher bejaht hat. Die Antragsteller halten es für notwendig, die Entwicklung des Stellenplans vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltsentwicklung kritisch zu prüfen und gehen davon aus, dass die reguläre Stellenbedarfsprüfung zu einer deutlichen Reduzierung der in 2009 tatsächlich benötigten Stellen führen wird.

Die Verwaltung wird deshalb gebeten, die in der Vorlage enthaltenen Mehrstellen nun zu prüfen und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung in der Septembersitzung 2008 zur abschließenden Entscheidung vorzulegen. Dieser Vorbehalt umfasst, dass eine Umsetzung einzelner Maßnahmen oder der gesamten Vorlage bis dahin nicht erfolgt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Josef Müller	gez. Michael Zimmermann	gez. Jörg Frank
CDU-Fraktionsgeschäftsführer	SPD-Fraktionsgeschäftsführer	GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer